



Einnahmen stärken: Gerechte Steuerpolitik

Die LINKE sieht sich in ihren Forderungen durch DGB-Haushaltsanalyse bestätigt

Die LINKE teilt die Kritik des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen an der Politik der einseitigen Ausgabenkürzungen in den vergangenen Jahren. „Nur durch eine gerechtere Steuerpolitik, wie zum Beispiel mit der Wiedererhebung der Vermögenssteuer, kann die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte nachhaltig erhöht werden. Davon würden insbesondere die klammen Kommunen im Freistaat Thüringen profitieren“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel.

Die am 5. September vom DGB-Bezirk Hessen-Thüringen vorgelegte Analyse der Landes- und Kommunalfinanzen in Thüringen und die daraus folgenden Forderungen bestätigten diese Position. Insbesondere Investitionen in die vielerorts marode kommunale Infrastruktur würden somit befördert werden. „Eine kommende Landesregierung ist gefordert, ernsthafte Initiativen für eine andere Steuerpolitik auf Bundesebene auf den Weg zu bringen“, betonte Frank Kuschel.

Allein 500 Millionen Euro Mehreinnahmen würden dem Land Thüringen jährlich durch eine moderate Vermögenssteuer zugute kommen. „Wenn ein Fünftel der Kommunen in Thüringen über keinen Haushalt verfügt, ist das ein strukturelles Problem. Der DGB hat dafür praktikable Vorschläge zur Lösung unterbreitet“, unterstrich der LINKE Abgeordnete.

Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen hat jetzt zum zweiten Mal nach 2011 eine ausführliche Analyse der Landes- und Kommunalfinanzen in Thüringen präsentiert. Danach hat kein anderes Bundesland so auf die Ausgabenbremse getreten wie Thüringen. Die Ausgaben im Landeshaushalt sind im Jahresdurchschnitt seit der Jahrtausendwende um 0,6 Prozent gesunken. Rückläufig sind sowohl die Investitionen als auch die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Der gleiche Trend ist auch bei den Kommunen auszumachen.

„Öffentliche Hand auf dem Weg in den Magerstaat“

Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sieht die öffentliche Hand auf dem Weg in den Magerstaat: „Zu geringe Bildungs- und Sozialausgaben, ein Rückgang der öffentlichen Investitionen und ein allgemeiner Abbau öffentlicher Leistungen gefährden den sozialen Zusammenhalt und sind ökonomisch falsch. Die abhängig Beschäftigten und ihre Familien sind auf einen gut ausgestatteten und gerecht finanzierten Wohlfahrtsstaat angewiesen, der allen Kindern gleiche Bildungschancen bietet, öffentliche Leistungen in angemessenem Umfang sowie gute und gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt. Die Gesellschaft kann sich keinen armen Staat leisten.“ Der Autor der Studie, Kai Eicker-Wolf, kritisiert, dass das in der mittelfristigen Finanzplanung for-

mulierte Ziel einer konstanten Pro-Kopf-Verschuldung ökonomisch unsinnig ist. „Die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung bemisst sich an der so genannten Schuldenstandsquote, also dem Verhältnis von Staatsverschuldung und dem Bruttoinlandsprodukt. Die Schuldenstandsquote weist in Thüringen seit dem Jahr 2009 einen recht steilen abwärts gerichteten Trend auf. Dieser Trend wird sich aufgrund der Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung verankert ist, fortsetzen. Soll die Pro-Kopf-Verschuldung konstant gehalten werden, dann muss das Land aufgrund des Bevölkerungsrückgangs Schulden tilgen, was absurd ist. Das Land wäre besser beraten, dieses Geld in wichtige Zukunftsinvestitionen zu stecken oder es den Kommunen zu geben.“

Kailings Stellvertreter Sandro Witt mahnt eine Verbesserung der Einnahmesituation an, um der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand zu begegnen: „Eine Steuerpolitik, die wieder zur Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zurückkehren würde, könnte den Spielraum der öffentlichen Hand deutlich erweitern – hierfür muss sich die neue Landesregierung durch Bundesratsinitiativen stark machen und Bündnispartner suchen. Aus Sicht der Bundesländer ist vor allem die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine stärkere Besteuerung sehr hoher Erbschaften attraktiv, da das Aufkommen aus beiden Steuern vollständig in die Länderhaushalte fließt.“

KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

Nun glaubwürdig und schnell handeln

Obwohl von Verfassungsgericht und Rechnungshof der Griff in die Thüringer Fraktionskassen schon vor mehr als zehn Jahren untersagt wurde, geht die Selbstbedienung offenkundig unbeirrt weiter, wie jetzt auch das Magazin Spiegel mit Verweis auf die Zulagenpraxis der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag an ausgewählte Abgeordnete berichtete.

Wir werden nun alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um diesen offensichtlichen Missbrauch von Steuergeldern zu stoppen. Der Schaden – mittlerweile ein Millionenbetrag aus der Steuerkasse – muss ersetzt und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Offensichtlich herrschen in der CDU-Fraktion Raffgier und ein Hang zur Selbstbereicherung, der auch vor Missbrauch von Steuergeldern nicht zurückschreckt. Über die Verwendung der Steuergelder wird auch schon mal missbräuchlich entschieden, Hauptsache man verdient an dieser sehr speziellen Vetternwirtschaft ein ordentliches Zubrot.

Diese Zahlungen müssen endlich beendet werden. Fest steht, dass die CDU in Thüringen nach der Devisen handelt: 'Es gibt viel zu verdienen, packen wir uns die Taschen voll'. Die LINKE wird nach der Wahl alle notwendigen Schritte einleiten, damit dieser Missbrauch von Steuergeldern zukünftig ausgeschlossen ist und die falsch ausgereichten Gelder der letzten Jahre bis auf den letzten Cent an das Land Thüringen zurückgehen. Die jetzige Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) hat es in der Hand, nun glaubwürdig und schnell zu handeln. Der bisher geheim gehaltene Rechnungshofsbericht macht deutlich, dass die Thüringer CDU-Fraktion ganz offensichtlich vorsätzlich handelt und somit wissentlich gegen die Rechtsgrundsätze verstößt, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat. Dies wird auch nicht dadurch abgemildert, dass die FDP-Fraktion sich ähnlich rechtswidrig verhält.

Der Vorsitz und der verurteilende Charakter der illegalen Zulagenpraxis ergeben sich aus dem nun aufgefundenen Prüfbericht und der Fortsetzung der beanstandeten Zahlungen. Wenn Landtagspräsidentin Diezel und Rechnungshofpräsident Dette jetzt nicht glaubwürdig handeln, dann muss sich erneut die Staatsanwaltschaft mit diesem Missbrauch beschäftigen.

AKTUELL Unaufhaltsamer Aufwärtstrend

Denkbar günstig sind die Ausgangspositionen der LINKEN bei den Landtagswahlen am 14. September. Sie ist die einzige der fünf Landtagsparteien (CDU, LINKE, SPD, FDP, Bündnis90/DIE GRÜNEN), die seit der ersten Thüringer Landtagswahl am 25. Oktober 1990 einen permanenten Anstieg in der Zustimmung der Wählerinnen und Wähler im Land erzielen konnte.

Die PDS startete hier 1990 mit 9,7 Prozent, bei der nächsten Landtagswahl 1994 waren es schon 16,6 Prozent und fünf Jahre später 21,3 Prozent. Im Jahr 2004 erreichte die PDS in Thüringen bereits 26,1 Prozent. 2009 trat die mit der WASG fusionierte PDS erstmals als Partei DIE LINKE zu den Landtagswahlen an und erzielte einen Spitzenwert von

27,4 Prozent. Für die LINKE zogen 27 Abgeordnete in den Landtag ein, sie wurde damit zweitstärkste Fraktion und übernahm die Oppositionsführung.

Es mehren sich die Anzeichen, bestätigt auch durch Umfragen, dass dieser Aufwärtstrend auch am 14. September 2014 nicht gebrochen wird und ein weiter wachsender Anteil unter den 88 Landtagsmandaten von Abgeordneten der LINKEN besetzt wird. Zehn Tage vor dem Urnengang sah infratest dimap die CDU bei 34 Prozent, ein Minus von zwei Punkten im Vergleich zur letzten Erhebung im Juli. Sechs Punkte dahinter liegt die Linke mit aktuell 28 Prozent (plus ein Punkt). Mit größerem Abstand ist die SPD drittstärkste Kraft (16 Prozent, minus drei). Während die Grünen mit aktuell fünf Prozent (minus

eins) um ihre Mandate fürchten muss. Die AfD wurde bei sieben Prozent (plus drei Punkte) gesehen. Die NPD verharrt mit vier Prozent unterhalb der Sperrklausel und der FDP verbleibe mit drei Prozent der Wiedereinzug in den Thüringer Landtag versperrt. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen drei Prozent der Stimmen erzielen.

Am Wahlsonntag sind 1,84 Millionen Thüringerinnen und Thüringer aufgerufen, die Zusammensetzung des neuen Thüringer Landtags in seiner sechsten Legislaturperiode zu bestimmen. Rund 51 Prozent der Wahlberechtigten sind Frauen und rund 39.000 Männer und Frauen im Alter von 18 bis 21 Jahren können erstmals an einer Landtagswahl teilnehmen.

KURZ UND PRÄGNANT

Polizisten überwacht und vom VS bespitzelt

Zur Polizisten-Überwachung des Landesamtes für Verfassungsschutz (in der „Toilettenpapieraffäre“) sagte MdL Katharina König: „Erneut zeigt sich die nicht vorhandene Demokratiekompetenz des Landesamtes für Verfassungsschutz. Polizisten, die Vorgänge innerhalb des Landeskriminalamtes oder gar des Innenministeriums kritisch bewerten, werden überwacht und bespitzelt.“ Dies unterstreiche, wie notwendig eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle gerade auch für Polizisten sei. „In den bisherigen Strukturen gibt es keine Möglichkeit, berechtigte Kritik zu äußern – im Gegenteil, man muss bei kritischen Äußerungen gar noch damit rechnen, dass Vertreter des Innenministeriums Verfassungsschützer zur Überwachung und Kontrolle einsetzen.“ Wieviel Ressourcen personeller und finanzieller Art das Thüringer Innenministerium in die Aufklärung gestohlener Klopapierrollen lege und dazu sogar RFID-Chips zur Überwachung anschaffe, sei erschreckend. Wenn trotzdem immer wieder die Notwendigkeit des Thüringer Verfassungsschutzes betont werde, könne sie dies nur noch als zynisch einordnen. Die Linksfraktion fordert nun Aufklärung über Details zur Bespitzelung der Polizisten und möglicherweise auch zu ausgespähnten Medienvertretern. Die Abgeordnete hat dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht. ■

NPD-Mandatsträger in 98 Fällen vorbestraft

Zur Kommunalwahl 2014 zogen 50 der neonazistischen Szene zurechnenden Personen als Mandatsträger für die NPD bzw. das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ in Thüringer Kommunalparlamente ein. „Damit hat sich auch die Anzahl der offiziell vorbestraften Neonazis in den Kommunalparlamenten vervielfacht“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, zu vorliegende Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen von ihr.

Waren es bei der Kommunalwahl 2009 noch zehn von 25 extrem rechten Mandatsträgern, die in 39 Fällen verurteilt wurden, so sind es jetzt 20 von 50 Mandatsträgern, die zusammen auf 98 Verurteilungen kommen, darunter 36 Körperverletzungen oder gefährliche Körperverletzungen, aber auch Landfriedensbrüche, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion oder unerlaubter Umgang mit Explosivstoffen sowie unerlaubter Besitz einer verbotenen Waffe und mehrfache Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

34 Straftaten wurden laut Statistik auch klar als „politisch rechts motiviert“ eingeordnet. So gab es in neun Fällen Haftstrafen, in 22 Fällen eine Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde, in 49 Fällen eine Geldstrafe. Dies unterstreiche, dass „die NPD keine demokratische Partei ist, sondern ein Sam-

melbecken für neonazistische Gewaltstraftäter und Anhänger einer menschenverachtenden Ideologie, die grundsätzlich auf Ausgrenzung und Diskriminierung basiert und immer wieder in gewalttätigen Übergriffen Ausdruck findet“, betonte Katharina König.

NPD-Landtagskandidaten mit Kontakt zum NSU-Kerntrio

Aus den Antworten der Landesregierung gehe außerdem hervor, dass sich unter den 50 gewählten Personen der extremen Rechten, welche insgesamt 62 kommunale Mandate in Thüringen errungen haben, auch 24 Personen befinden, die neben der NPD in neonazistischen Aktionsgruppen, Kameradschaften und „Freies Netz“-Ablegern sowie anderen extrem rechten Zusammenschlüssen in Thüringen aktiv waren oder sind, darunter die „Aktionsgruppe Nordhausen“, das „Freie Netz Jena/Kahla“ und die „Freien Kräfte Erfurt“.

Fünf NPD-Abgeordnete werden vom Innenministerium als (lokale) Führungspersönlichkeiten der neonazistischen Szene eingestuft, 13 sind in der Polizeidatei „Gewalttäter rechts“ gespeichert und eine Person in der Datei „Gewalttäter Sport“. Bei einem neonazistischen Mandatsträger liegt aus dem Jahr 2008 „ein unbestätigter Hinweis hinsichtlich Verbindungen zum Neonazi-Netzwerk ‚Blood&Honour‘ vor, welches bereits im Jahr 2000 bundes-

weit verboten wurde. Darüber hinaus werden fünf weitere Abgeordnete benannt, die im extrem rechten Vertriebswesen als Inhaber, Geschäftsführer oder in ähnlicher Position von ‚Szeneläden‘ tätig waren oder sind.

Ähnlich zeigt sich die Listenaufstellung der NPD zur Landtagswahl in Thüringen. Katharina König: „Allein das Spitzenpersonal offenbart, wes Geistes Kind sie sind: Mit Patrick Wieschke, Gordon Richter und Jan Morgenroth sind drei ehemalige Mitglieder des ‚Thüringer Heimatschutzes‘ auf vorderen Listenplätzen gesetzt. Auf Platz zwei befindet sich der ehemalige FAP-Funktionär Thorsten Heise (Kameradschaft Northeim). Allesamt sind entsprechend vorbestraft, standen in Kontakt zum NSU-Kerntrio bzw. dem in Untersuchungshaft sitzenden mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben.“

In Thüringen besitzen Neonazis über ein Dutzend Immobilien bzw. haben Zugriff darauf, dazu kommen zahlreiche weitere Proberäume, Lagerhallen und Gaststätten, die regelmäßig für Treffen und Veranstaltungen genutzt werden. „Gerade dann, wenn Neonazis und Rassisten verstärkt Parlamente besetzen und Immobilien erwerben, gilt es, ihnen gemeinsam entgegenzutreten und den genutzten Raum streitig zu machen“, betonte die Landtagsabgeordnete. Die Linksfraktion unterstützt die Proteste in Eisenach gegen das dortige neue „Braune Haus“. ■

„Umfassende NSU-Aufklärung nur durch umfassende Aktenkenntnis“

Der Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion, Torsten Schäfer-Gümbel, hat bei einem Treffen am 2. September im Thüringer Landtag mit der ehemaligen Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), an seine Kollegen in Hessen appelliert, die enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten in Thüringen zu suchen. Im Hessischen Landtag war im Mai ein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Der Thüringer Ausschuss habe Maßstäbe gesetzt, hinter die man nicht zurückfallen dürfe.

Katharina König, ehemalige Obfrau für die Linksfraktion im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss (unser Foto zeigt sie bei ihrer Rede im Sonderplenum des Landtags zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses am 22. August) hatte die Äußerungen des SPD-Politikers begrüßt und erklärt: „Die LINKE hat die von Schäfer-Gümbel geforderte enge Zusammenarbeit bereits direkt nach der Einsetzung begonnen und sich im Juli zu einem ersten Arbeitstreffen mit den hessischen Kollegen getroffen. Ebenfalls eingebunden ist die Bundestagsfraktion unserer Partei.“ Neben Fragen der Akten-



anforderung aus Thüringen und einem erstem Erfahrungsaustausch sei es bei dem dreistündigen Treffen auch bereits um inhaltliche Fragen gegangen.

So sehe die LINKE Anknüpfungspunkte für eine länderübergreifende Aufklärungsarbeit in der Zusammenarbeit der Behörden beider Länder, insbesondere aber in den engen Verbindungen thüringischer und hessischer Neonazis und ihrer Organisationen. „Wir haben in unseren Akten eine Reihe von Hinweisen entdeckt, die darauf schließen lassen, dass auch den Behörden die seit den neunziger Jahren bestehenden vielfältigen Verbindungen der Thüringer und der hessischen Neo-

naziszene bekannt gewesen sind. Hier gilt es, genauer hinzuschauen. Vor allem die Blood&Honour-Strukturen in und um Kassel und deren Kontakte auch zum Thüringer Heimatschutz und was die Behörden hiervon wussten, ist bisher kaum aufgeklärt.“

Katharina König signalisierte insbesondere auch Unterstützung für die von Schäfer-Gümbel geäußerte Forderung, es müsse eine umfassende Aktenvorlage erfolgen und dabei könne man im Bereich Verfassungsschutz nicht hinter die Standards in Thüringen zurückfallen. „Umfassende Aufklärung ist nur mit umfassender Aktenkenntnis möglich“, so die LINKE Abgeordnete. „Ein Schwärzen, Verschleiern oder Vorverhalten von Akten des hessischen Verfassungsschutzes darf es nicht geben. Um dies gegenüber der hessischen Landesregierung durchzusetzen, erhalten alle hessischen Abgeordneten, die sich konsequent für die Herausgabe der Akten an den Untersuchungsausschuss einsetzen, unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit die uneingeschränkte Unterstützung der Thüringer Linksfraktion.“ ■

Wahlkampfshow

Die Pressekonferenz von Innenminister Jörg Geibert am 5. September nach der Innenministerkonferenz in Weimar bezeichnete MdL Ralf Kalich als „billige Wahlkampfshow für die Thüringer CDU“. Die Reform des Verfassungsschutzes in Thüringen als Erfolg und Konsequenz der NSU-Aufklärung zu verkaufen, „spricht den Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses Hohn“. Nicht die Fortsetzung des V-Leute-Systems und der verbesserte Austausch hierüber seien die richtige Schlussfolgerung aus dem NSU-Skandal, sondern die Beendigung dieser Praxis. Statt einer Stabsstelle zur Integration des Landesamtes für Verfassungsschutz in das Innenministerium bedürfe es einer Struktur, die langfristig dessen Ersetzung durch eine Dokumentations- und Informationsstelle vorbereite.

„Erschreckend ist die Bereitschaft des Thüringer Innenministers, aus dem Elend von Flüchtlingen vor der Wahl politisches Kapital zu schlagen“, so der LINKE-Politiker zu den CDU-Bestrebungen, verstärkt abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Dies bediene ausländische Vorurteile in der Gesellschaft, die es stattdessen zu bekämpfen gelte. ■

Energiewende mit den Bürgern gestalten

Fachtagung der Linksfraktion: Für eine stärkere Vernetzung der Akteure im Land

Die Linksfraktion sieht in der Energieproblematik eine essenzielle ökologische, wirtschaftliche, soziale und demokratische Frage. Langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung Thüringens durch einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien.

Thüringen besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasser-

cher einbeziehen, ärmere private Haushalte entlasten, Strom- und Gaspreisen verbieten.

Energieversorgung gehört in „Bürgerhand“. Das haben bereits zahlreiche Kommunen in Thüringen erkannt und nehmen die Energieversorgung in ihrer Gemeinde selbst in die Hand. Es gibt mittlerweile über 35 Bürger-Energiegenossenschaften, Tendenz steigend. Noch schrecken der hohe Aufwand zur Gründung einer (Bürger-Ener-

giefirma, Thema: „Mit Thüringer Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende aktiv gestalten“. Die Fraktion hatte Vertreter von Bürger-Energiegenossenschaften sowie weitere energiepolitische Akteure Thüringens eingeladen, um in den Erfahrungsaustausch zu treten und eventuelle Hemmnisse, verschiedene Sichtweisen und vor allem Anforderungen an die Politik herauszuarbeiten. In der sehr sachbezogenen Diskussion wurde die Notwendigkeit



Foto links: In der Diskussion spricht Andre Schäfer, Leiter Nachhaltigkeitszentrum Thüringen, daneben (r.) Andreas Trautvetter von der TEG Thüringer Energieeffizienzgenossenschaft e.G.

Foto rechts: Die Landtagsabgeordneten Dieter Hausold und Manfred Hellmann sowie Mitarbeiterin Dolores Hof.

kraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln und damit unabhängig von Energieimporten zu machen. Damit könnte das Land Vorreiter werden, ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte.

Hier schlummert ein erhebliches Arbeitsplatzpotenzial, das wir wecken wollen. Wir setzen dabei auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen und wollen diese sinnvoll einbinden. Um die Energieoffensive zu befördern, plädieren wir für ein öffentliches Landesprogramm, das Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert. Wir wollen alle Energieverbrau-

gen-) Genossenschaft, der große Verwaltungsaufwand und nicht selten auch mangelnde Informationen über Chancen und Risiken davon ab, diesen entscheidenden Schritt hin zu einer echten Energiewende zu wagen.

Um Engagierte an „einen Tisch“ zu bringen, organisierte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein Fachgespräch, das am 28. August statt-

bestätigt, dass die Energiewende „vor Ort“ nur durch gemeinschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit den Kommunen, Städten und Gemeinden vorangetrieben werden kann. Um die umfangreichen Potenziale zur Erreichung dezentraler Erzeugungskapazitäten auf der Basis erneuerbarer Energien in Thüringen bestmöglich zu nutzen, bedarf es einer stärkeren Vernetzung, einer guten Zusammenarbeit und des ständigen Erfahrungsaustauschs aller energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Akteure. Darüber waren sich alle Teilnehmer unseres Fachgesprächs einig. Sie betonten, dass wir auch weiterhin im engen Kontakt miteinander stehen sollten.

Dolores Hof

ÖBS

Begrüßt hat MdL Ina Leukefeld die Zustimmung der SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert zum LINKEN Kernprojekt eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS). Die LINKE Thüringen will mindestens 2.500 Stellen insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose schaffen. Mit längerfristigen Arbeitsverträgen – sozialversicherungspflichtig, existenzsichernd und freiwillig – soll eine Brücke in die Altersrente gebaut werden. In Thüringen sind trotz guter Arbeitsmarktlage 36,5 Prozent der gemeldeten Erwerbslosen langzeitarbeitslos. „Öffentlich geförderte Beschäftigung wird es nur mit der LINKEN als Koalitionspartner geben. Die CDU scheut diese wie der Teufel das Weihwasser“, sagte die Abgeordnete.

Wahlrecht

Die Linksfraktion fordert die Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses, von dem vor allem Menschen in vollständiger gesetzlicher Betreuung betroffen sind. „Das UN-Abkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verlangt die ungehinderte gleiche Teilhabe auch im politischen Bereich. Zudem gilt das Benachteiligungsverbot aus der Thüringer Verfassung. Der neugewählte Thüringer Landtag muss dann zeitnah seine Kompetenzen zur Abschaffung dieser diskriminierenden und sachlich in keiner Weise begründbaren Regelungen nutzen“, unterstreichen Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, und Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Klausel

Zur Anti-Extremismusklausel bei Förderprogrammen der Thüringer Aufbaubank erklärte MdL Katharina König (LINKE): „Bekennniszwang und Gesinnungsschnüffelei sind keine geeigneten Mittel, um die Vergabe von Fördermitteln an Neonazis und demokratiefeindliche Organisationen zu unterbinden.“ Selbstverständlich sei es notwendig, die Förderung der wirtschaftlichen Betätigung von Neonazis, etwa als Betreiber von Versandhandel, zu unterbinden. Es stehe dem Staat jedoch nicht zu, „Antragsteller unter Generalverdacht zu stellen und aufgrund von mit intransparenten Kriterien erstellten Listen von Organisationen und Parteien zur Abgabe politischer Bekenntnisse zu zwingen.“

VON A BIS Z:

Ausbildungsverbände

Dass zu Schuljahresbeginn die Existenz der Ausbildungsverbände nicht gesichert war, hat MdL Ina Leukefeld als unverantwortlich bezeichnet. Die Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion verwies auf Befürchtungen Südtüringener Ausbildungsverbände, wonach bis zum Jahresende lediglich 58 Prozent der notwendigen Mittel bereit stehen. Die Verbände sind für die klein- und mittelständischen Unternehmen für die Ausbildung eines qualifizierten Facharbeiter Nachwuchses unverzichtbar. Angesichts der Finanzlage musste aber den Mitarbeitern gekündigt werden. Es ist nicht gelungen, die Richtlinie für Aus- und Weiterbildung für die Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) verbindlich auf den Weg zu bringen. Die Verantwortlichen in Erfurt und Brüssel schieben sich gegenseitig die Schuld zu.

Aus dem Europäischen Sozialfonds erhält das Land Thüringen in der laufenden Förderperiode bis 2020 499 Mio. Euro. Die Gesellschaft für Arbeit und Wirtschaftsförderung verwaltet die Mittel im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums. „Das Geld ist wichtig und eine Investition in die Zukunft, damit gute Bildung und Arbeit gesichert werden. Das ist langfristig der entscheidendste Beitrag zur Verhinderung von sozialer Schieflage und von Armut“, betonte die LINKE-Abgeordnete forderte die Landesregierung und die Kammern auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Ausbildungsverbände in ganz Thüringen erhalten bleiben.

WICHTIGE TERMINE

Landtagswahlen:

Wie der Landeswahlleiter Günter Kromholz informiert, werden am Wahlsonntag, den 14. September, unter der Internetadresse www.wahlen.thueringen.de ab 18.30 Uhr die aktuellen Zwischenergebnisse nach Wahlkreisen und Gemeinden in Thüringen laufend aktualisiert als Tabellen und Grafiken im Internet eingestellt. Gegen 22.30 Uhr wird das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahl 2014 in Thüringen veröffentlicht. Am Montag, den 15. September, wird der Landeswahlleiter die Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz ausführlich präsentieren.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Entwicklung des ländlichen Raums: Programm muss nachjustiert werden

„Es ist wichtig, die Agrarbeihilfen und das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zielgerichtet einzusetzen, damit das Geld auch wirklich da ankommt, wo es gebraucht wird und wir zu einer ertragreichen, sozial- und umweltverträglichen ländlichen Entwicklung kommen“, so hatte Dr. Johanna Scheringer-Wright auf die vom Thüringer Agrarminister Jürgen Reinholz angekündigten Förderschwerpunkte für den ländlichen Raum reagiert.

Die Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE für Landesentwicklung und ländliche Räume merkte jedoch kritisch an, dass das Programm zur Dorferneuerung natürlich nur von finanzstarken Kommunen durchgeführt werden könne: „Damit nehmen einige Dörfer immer wieder teil, andere können sich das aufgrund fehlender Eigenmittel gar nicht leisten.“

Gravierende Probleme bei der Abwasserentsorgung

Zudem müsse die Vergabe von Agrarinvestitionsbeihilfen (AIP) noch stärker an Kriterien für tiergerechte Stallbauten ausgerichtet werden. „Gerade im Schweinestallbau ist das Programm immer noch nicht zufriedenstellend“, betonte die Landtagsabgeordnete. Mit Blick auf die immer weiter zurückgehende Schafhaltung in Thüringen verwies sie auf die dadurch entstehenden Probleme bei der Beweidung von Grünlandflächen, die nicht intensiv genutzt werden können. „Hier müsste das vorgestellte Programm noch stärker auch für die Förderung der Schafhaltung ausgestaltet werden“, sagte Johanna Scheringer-Wright.

Dass die Abwasserentsorgung zusätzlich in das Förderprogramm aufgenommen wurde, wertete die LINKE-Politikerin als „Eingeständnis dafür, dass es in diesem Bereich gravierende Probleme gibt, die die CDU-Landesregierung jahrzehntelang verschleppt hat. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger. Immer noch gibt es Haushalte und ganze Dörfer, die nicht wissen, ob und wann sie an eine Kläranlage angeschlossen werden. Zudem wälzt das Land diese Probleme dann auf die Einzelnen ab, weil die oft ad hoc aufgefordert werden, neue Kleinkläranlagen zu bauen, obwohl immer ein zentraler Abwasseranschluss geplant war. Das ist unzumutbar für die Bürger und zeugt von der Unfähigkeit der Landesregierung und der Zweckverbände, geordnet vorzugehen.“ ■

Re-Kommunalisierung auf der Agenda oben

Um das LINKE Projekt „Das Öffentliche gehört uns“ abzurunden und vor allem noch einmal mit Experten zu diskutieren, hatte sich die Linksfraktion des Thüringer Landtags zur Fachtagung zum Thema „Re-Kommunalisierung“ entschieden, zu der sich am 26. August in der Arnstädter Stadtbrauerei gut 30 Gäste eingefunden hatten. Kreis- und Stadträte, Landtagsabgeordnete und Vertreter von Stadtwerken tauschten sich über die Möglichkeiten der Übertragung ehemals von Privaten erbrachten öffentlichen Dienstleistungen an kommunale Unternehmen aus.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, eröffnete die Veranstaltung und erinnerte er an die Übernahme der EON-Netze durch die kommunale Familie sowie an das erfolgreiche Bürgerbegehren im Ilmkreis zur Übernahme der Abfallentsorgung durch den Landkreis. „Wir müssen aber die Re-Kommunalisierung weiter denken. Dort, wo öffentliche Aufgaben zersplittert sind – wie im öffentlichen Nahverkehr – müssen wir sie zu einer Mobilitätsgarantie zusammenfassen“, so eine seiner For-

derungen. Für ihn sei das Thema Re-Kommunalisierung das wichtigste in den nächsten fünf Jahren. „Wir müssen den Ausverkauf stoppen und die Rahmenbedingungen für erfolgreiche kommunale Projekte schaffen. Und dazu gehört eine Neujustierung der kommunalen wirtschaftlichen Betätigungsfelder durch das Land“, umriss Bodo Ramelow die Aufgabe.

Robert Kösling, Kommunalexperte aus Berlin, unterstützte diese Meinung.



Engagierte Podiumsdiskussion auf der Fachtagung der Linksfraktion des Thüringer Landtags in Arnstadt: (im Foto v.l.) Robert Kösling, Moderator Matthias Plhak, Jana Schröder und Eckard Bauerschmidt.

Er eröffnete seinen Beitrag mit der Mahnung, in der Frage der „Rückeroberung des Öffentlichen“ nicht nachzulassen. Anhand von Umfragezahlen belegte er, dass zurzeit offenbar eine gewisse Sättigung in dieser Diskussion

eingetreten ist, die Zustimmungszahlen zur Re-Kommunalisierung stagnieren. Er wies aber darauf hin, dass das Feld der privatisierten Dienstleistungen viel weiter gehe, als öffentlich beachtet. Justiz, Straßenbau, Krankenversorgung – immer mehr Bereiche werden ganz oder teilweise Privaten überlassen. Und das, obwohl fast alle Umfragen und Statistiken belegen, dass eine privatisierte Dienstleistung am Ende meist teurer und in geringerer

Qualität erbracht wird. Jana Schröder stellte den Weg der nordhessischen Kleinstadt Wolfhagen in die energetische Selbstversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien vor. Das Besondere hier: von Beginn an ein Konsens in Verwaltung und Stadtrat, dazu eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Und diese nicht nur in Form von Informationsveranstaltungen, sondern in der Möglichkeit, über eine Genossenschaft Miteigentümer der Stadtwerke zu werden. Bei rund 13.000 Einwohnern besitzen mittlerweile 700 von ihnen 25 Prozent der Stadtwerke und bestimmen somit den Kurs des Unternehmens mit. Entsprechend breit ist in der Bevölkerung die Akzeptanz für Photovoltaik-Anlagen und einen bereits im Bau befindlichen Windpark.

„Wolfhagener Modell“ diskutiert

Den Weg des erfolgreichen Bürgerbegehrens im Ilmkreis für eine kommunale Abfallentsorgung beschrieb Eckhard Bauerschmidt und gab einen Einblick in den aktuellen Verhandlungsstand. Ein Angebot des Kreises liegt Remondis vor, nun sei es an dem Großunternehmen, sich zu erklären.

In der anschließenden Diskussion wurden intensiv über das „Wolfhager Modell“ gesprochen, aber auch kritische Töne zur Gründung kommunaler Gesellschaften waren zu hören. „Es muss verhindert werden, dass kommunale Gesellschaften zur Altersversorgung abgehalfterter Politiker dienen“, mahnte ein Gast öffentliche Kontrolle an. Die sei aber, so der Kommunalexperte Kösling abschließend, „der rote Faden der Re-Kommunalisierung – öffentliche Diskussion, Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und eine gesellschaftliche Kontrolle“.

Matthias Plhak

www.dasoeffentliche.thueringen-fair-aendern.de

Hilfe für Flüchtlinge im Nordirak



Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender, und Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende der LINKEN, unterstützten die von der Weimarer Kulturdienst GmbH mit Martin Kranz an der Spitze initiierte Hilfsaktion für die Flüchtlinge im Nordirak. Sie überbrachten am Weltfriedenstag Spenden.

„Hunderttausende Jesiden sind auf der Flucht, leben in dramatischen Umständen und brauchen dringend Hilfe“, betonten die Landespolitiker. Mit Verweis auf den Beschluss der Bundesregierung, Waffen in den Nordirak zu liefern, erklärt Bodo Ramelow: „Waffen- und Rüstungsexporte sind die Munition für Mordzüge und Terrorattacken. Wir dürfen nicht auch noch die Streichhölzer fürs Pulverfass liefern.“ Gerade die Verantwortung aus der Geschichte – am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf

Polen – sollte uns zwingend veranlassen, Lösungen für Konflikte jenseits der Kriegslogik zu suchen.“

Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Weimar und ganz Thüringen ist enorm. Martin Kranz dankte im Namen der deutschen Jesiden für die großartige Unterstützung. Allein am 1. September seien innerhalb eines Tages knapp 20 Tonnen Hilfsgüter in Weimar zusammengelassen. Eine

unglaubliche Menge! Sie wurde auf Sattelschlepper verladen, die sich in den vergangenen Tagen unverzüglich auf die Reise in den Irak machten. Die zuvor an der türkisch-irakischen Grenze gestandenen LKWs mit Hilfsgütern aus ganz Europa konnten endlich die Grenze in Richtung Dohuk verlassen.

Martin Kranz dankte allen Politikern, die aktiv an der Hilfsaktion beteiligt waren, darunter Bodo Ramelow und Gregor Gysi. Doch die Hilfe müsse weitergehen. „In acht Wochen liegt in dieser Region Schnee und der Winter bricht herein. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass Wohncontainer und Medikamente schnellstens in der Region ankommen. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen und bitten um Unterstützung, dass zukünftig dringend benötigte Hilfsgüter schnell und unbürokratisch bei den Hilfsbedürftigen ankommen.“

DAS THEMA

„Ein gewisser Herr Ramelow“ überzeugt

Gratulation zur Premiere Deines Buches „Ein gewisser Herr Ramelow“, die mit Gregor Gysi und Bodo Ramelow unter großer öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit am 5. September im mon ami in Weimar stattfand...

Vielen Dank! Ich freue mich sehr über das große Interesse an meinem neuen Buch. Es waren über 100 Menschen bei der Buchpremiere, darunter Freunde, Kolleginnen und Kollegen, viele Medienvertreter. Meine Frau und mein Sohn haben mich mit ihrer Anwesenheit überrascht – nur unsere Tochter war auf Klassenfahrt in Jena und konnte leider nicht dabei sein. Laudator Gregor Gysi und „Hauptperson“ Bodo Ramelow waren in bester Form – eine rundum gelungene Veranstaltung!

Eine Punktlandung für diese Buchpremiere war ja die Neuigkeit, die Gregor Gysi verkünden konnte. Was sagst Du?

So ist es. Ich habe am Morgen, während einer Parlamentarierkonferenz in Erfurt, davon erfahren. Ausgerechnet vor der Präsentation eines Buches, das im juristischen Sieg von Bodo Ramelow über den Geheimdienst der Bundesregierung gipfelt, wird bekannt, dass dieser Geheimdienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, auch die Personenakte über Gregor Gysi komplett löschen muss! Er verdanke das in gewisser Weise der Hartnäckigkeit von Bodo Ramelow, hat Gregor Gysi in Weimar deutlich gemacht. Ich schätze das auch so ein.

Was hat Dich im Zusammenhang mit den Recherchen zu Deinem Buch besonders bewegt?

Es handelt sich ja generell um kein „schönes“ Thema – auch wenn es sozusagen eine Geschichte mit Happy End ist. Aber sich damit zu beschäftigen, wie ein Landtags- und Bundestagsabgeordneter von deutschen Geheimdiensten bespitzelt wird, mit welchen halbseidenen Erklärungen vor allem Rechtsvertreter der Bundesregierung das legitimieren, ist nicht angenehm. Besonders schlimm war aber die Erkenntnis, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Material über Abgeordnete zusammengetragen hat, während es gleichzeitig angesichts der mordenden Neonazi-Terroristen des NSU kläglich versagte. Ebenso versagt es übrigens angesichts der flächendeckenden Internet-Spionage durch den US-Geheimdienst NSA, dessen Aktivitäten ja auch ein Fall für die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes sind.

Wie es zu diesem Buch kam – und zu einer Reihe von anderen –, hat auch mit der besonderen Beziehung zu tun, die Dich mit Bodo Ramelow verbindet. Ihr habt in Weimar beide darüber berichtet, beschreib sie uns bitte kurz.

Das begann letztlich mit einem Zufall. Als Mitarbeiter einer gewerkschaftsnahen Forschungsagentur lag mein Büro im Erfurter Gewerkschafts-

NACHGEFRAGT bei Stefan Wogawa, Autor des im Eckhaus-Verlag erschienenen Buches

haus genau neben dem des Landesvorsitzenden der HBV, Bodo Ramelow. Wir haben uns auf dem Flur getroffen oder am Kopierer und über alles Mögliche diskutiert. Und wir haben an einer seinerzeit legendären Zeitung des DGB Thüringen mitgearbeitet, die trug den ungewöhnlichen Namen „Karussell des Geldes, der Macht, der Finanz- und Wirtschaftspolitik“ – meist als „Karussell“ abgekürzt. Es war die Zeit der „Er-



furter Erklärung“ und wir haben in der Redaktion festgestellt, dass die Angriffe auf linke Gewerkschafter in Thüringen zunahmen. Es wurden von der CDU und aus dem CDU-Umfeld Pamphlete veröffentlicht mit dubiosen Vorwürfen. Bodo Ramelow fühlte sich bereits da – und das war sehr heilsichtig – an geheimdienstliche Zersetzungsstrategien erinnert. Wir haben in der „Karussell“ dageengehalten – ohne zu

Im Pressespiegel: „Ausführlich, lebendig und spannend“

Thüringische Landeszeitung (TLZ vom 5. September): Zudem gibt der Autor Stefan Wogawa Einblicke in die Thüringer Landespolitik, vor allem in die von Bernhard Vogel über lange Jahre dominierte CDU. Diese hatte, so ergibt sich aus Wogawas Sicht, lange Zeit mit Mitteln weit abseits des politischen Meinungsstreits PDS und später „Die Linke“ bekämpft, während die Gefahren durch Rechtsextremisten bis hin zu Rechtsterroristen nicht im Fokus standen. Das Buch macht auch deutlich, mit welchen Zersetzungsverfahren gegen Gewerkschafter gearbeitet wurde.

Neues Deutschland (ND vom 8. September): Das mit Gysis Vorwort versehene Werk des Autors Stefan Wogawa beschreibt ausführlich, lebendig und spannend, wie der Abgeordnete und Spitzenkandidat der Linkspartei im

wissen, wer überhaupt die Gegenseite ist. Ich konnte mit Bodo Ramelow dann – nach einem Forschungsprojekt an der Universität Jena – in der Landtagsfraktion weiter zusammenarbeiten. Als Fraktionsvorsitzender hat er schockiert festgestellt, dass beim Landesverfassungsschutz in Thüringen tatsächlich eine Personenakte über ihn geführt wird – mit den Vorwürfen, die auch in den CDU-Pamphleten zu finden

waren; später wurde klar, auch das Bundesamt sammelt... Zu einer Zeit, als er schon Bundestagsabgeordneter war, bin ich mit der Idee an ihn herangetreten, daraus ein Buch zu machen. Er war einverstanden, hat mein Vorhaben aus ganzen Kräften gefördert, ein Vertrauensverhältnis war ohnehin da. Bei dieser Arbeit konnte ich den Decknamen eines Politologen knacken, der seinerzeit anonym die Schmutzarbeit für die CDU gemacht hatte. Im Jahr 2007 war viel Ma-

terial zusammengekommen, das habe ich dann veröffentlicht.

Deshalb jetzt auch der Untertitel „Der Akte zweiter Teil“?

Genau. Ende 2007 erschien zunächst mein Buch „Die Akte Ramelow“, das die Geschichte eben bis zu diesem Zeitpunkt erzählt. Ich habe die wichtigsten Informationen aber zu Beginn des neuen Buches zusammenge-

fasst, so dass die Lektüre des ersten Teils nicht zwingend notwendig ist. Das aktuelle Buch thematisiert den politischen und juristischen Kampf, die Urteile in vier Instanzen, das Auf und Ab, Erfolge und Niederlagen. Ich nenne es eine „Textcollage“, da ich viele unterschiedliche Textsorten zusammengefügt habe: Berichte, Reportagen, Chronik, Interviews, Zitate aus dem Online-Tagebuch von Bodo Ramelow und aus Medienkommentaren.

Viel gelobt wurde der Herausgeber, der Eckhaus-Verlag Weimar, und die dort entstandene, die spannende Lektüre unterstreichende, gelungene Gestaltung. Wie empfandest Du die Zusammenarbeit und wo ist Dein Buch zu haben?

Dem Lob schließe ich mich vollumfänglich an. Nicht nur, dass Verlegerin Jana Rogge und Cheflektor Ulrich Völkel mich überzeugt haben, das zweite Buch überhaupt zu schreiben – sie haben richtiggehend darum gekämpft! Die Zusammenarbeit mit diesem engagierten, hochprofessionellen Team habe ich als äußerst motivierend empfunden. Außerdem habe ich Respekt vor dem Mut. Ein Buch zu verlegen, ist immer mit einem finanziellen Risiko verbunden. In die graphische Gestaltung sind die Kompetenzen des Verlags eingeflossen, der vorher Erfahrungen im Werbegrafikbereich gesammelt hat. Das Buch gibt es im Buchhandel – vor Ort und Online – und direkt beim Verlag.

*Das Gespräch führte
Annette Rudolph*



aktuellen Thüringer Landtagswahlkampf über drei Jahrzehnte bespitzelt wurde und sich dagegen zur Wehr setzte (...) „Das Buch ist weder eine Helden- noch eine Opfergeschichte, sondern ein deutsches Lesebuch über den Kalten Krieg“, so Bodo Ramelow.

Thüringer Allgemeine (TA vom 5. September): Auch das neue Buch ist

flüssig geschrieben, bemüht sich meist um einen sachlichen Ton und eine faktische Darstellung. (...)

Das ändert jedoch nichts daran, dass das, was Wogawa anschaulich beschreibt, ein veritabler Skandal war. Ein frei gewählter Abgeordneter wurde bespitzelt, und dies auf der Grundlage fragwürdiger Indizien.

Kali-Altlasten-Kampf geht weiter

Der Kampf der LINKEN um die Offenlegung der Kali-Fusionsverträge und damit auch die Klärung der Thüringen noch viele Jahre belastenden Kali-Altlastenproblematik geht weiter. Dazu hatten sich bei einem Pressegespräch am 28. August in der Linksfraktion im Thüringer Landtag die Abgeordnete und LINKE Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und die umweltpolitischen Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion Tilo Kummer und der Bundestagsfraktion Ralph Lenkert geäußert.

Zwar hatte jetzt die zuständige, dem Bundesfinanzministerium unterstehende, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einen entsprechenden Antrag Bodo Ramelow auf Offenlegung des Kalifusionsvertrages inklusive aller Anlagen abgelehnt, aber, so unterstrich Susanne Hennig-Wellsow, „indirekt hat sie die Echtheit der bekannt gewordenen Kaliverträge bestätigt, jedoch die Einsicht in die Verträge und deren Verwendung untersagt“. Die LINKE Politikerin kündigte vor dem Hintergrund des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes Widerspruch gegen diese Entscheidung an und schloss auch eine Klage nicht aus.

Tilo Kummer verwies auf den im Juli vom Thüringer Landtag gefassten Beschluss zum Antrag der Linksfraktion zum Vorliegen des vollständigen Kalifusionsvertrages vom 13. Mai 1993

und das verfassungsgemäße Informations- und Kontrollrecht des Landtags. Darin soll die Landesregierung in weiteren Verhandlungen mit der Bundesregierung eine Gleichbehandlung mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von noch anstehenden Maßnahmen zur Altlastensanierung bei Bergbaugroßprojekten erreichen.

Mit dem Abschluss des „Generalvertrages über die abschließende Finan-



zierung der ökologischen Altlasten im Freistaat Thüringen“ war der Bund aus der Verantwortung für die Altlastensanierung entlassen worden, während sie an das Land Thüringen übergang. Auf bisher unübersehbare Zeit verlangt die K+S KALI GmbH monatlich über 1,5 Millionen Euro von Thüringen für Altlastensanierungen.

Es geht also darum, so Tilo Kummer im Pressegespräch, „ob K+S ein Blan-

koscheck auf Ewigkeit“ ausgestellt wurde und der Freistaat Thüringen noch nicht einmal die Vertragsgrundlagen kennt. „Wir werden den Vertrag mit Thüringen überprüfen lassen“, kündigte Ralph Lenkert an und sprach von „arglistiger Täuschung“.

Bemühungen der Bundestagsfraktion, mit Anfragen an die Bundesregierung nähere Informationen zu erlangen, blieben bisher ohne Erfolg. Der LINKE Bundestagsabgeordnete fasste die Antworten so zusammen: Die Bundesregierung hat keine Informationen und kriegt auch keine. Allerdings legen die Antworten nahe, dass der Freistaat Thüringen in den so genannten Kalifusionsvertrag (Rahmenvertrag) zwischen der Treuhändlerin, der Kali und Salz AG und der Mitteldeutschen Kali AG

nicht eingebunden war.

Der Landtagsbeschluss, bei dem es ja nicht zuletzt auch um die „Herausgabe des Kalifusionsvertrages nebst Anlagen“ geht und der mit dem Ende dieser Legislatur der sogenannten Diskontinuität anheim fällt, soll übrigens durch den neuen Landtag wieder neu beschlossen werden, so der Ausblick von Tilo Kummer zum Abschluss des Pressegesprächs. ■

„Reisegruppe Brandt“ offenbart erneut neonazistisches Netzwerk

Vor dem Hintergrund der Berichte der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 31. August) über einer Reise bundesdeutscher Neonazis nach Südafrika, forderten die Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König und die Bundestagsabgeordnete Martina Renner, beide ehemalige Mitglieder der Landtagsfraktion DIE LINKE im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss:

„Dringend geklärt werden muss, welche Informationen über Aufenthalte und Waffentraining bundesdeutscher Neonazis, darunter auch V-Leute, in Südafrika beim Bundesnachrichtendienst (BND), beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und gegebenenfalls ausländischen Geheimdiensten vorlagen und ob diese Informationen, sofern sie auch im Kontext der NSU-Aufklärung Relevanz haben, den Untersuchungsausschüssen vorgelegt wurden.“

Es sei keine Neuigkeit, dass Tino Brandt sich mehrfach in Südafrika aufhielt und dort Schießübungen stattfanden. Diese Informationen habe es bereits seit Anfang der 2000er Jahre bei antifaschistischen Gruppen – auch in Thüringen – gegeben und sie seien von diesen öffentlich und in Publikationen thematisiert worden. Katharina König widersprach ausdrücklich den Aussagen anderer Mitglieder des Thüringer Untersuchungsausschusses, dass die

Informationen über die Reise des Tino Brandt nach Südafrika dem Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag nicht vorgelegen hätten. „Ebenso ist die Gewalttätigkeit Brandts durch die Aktenkenntnisse insbesondere aus den Dokumenten der Thüringer Justiz ersichtlich gewesen“, betonte die LINKE Landtagsabgeordnete. Sie verwies exemplarisch auf einen Überfall in Gräfenhain, an dem Tino Brandt beteiligt war.

Entscheidender seien jedoch, so Katharina König und Martina Renner, die Zusammenstellung der nun in Rede stehenden neonazistischen Reisegruppe um Tino Brandt und deren Verbindungen zum NSU, zum Unterstützerumfeld und zum neonazistischen Netzwerk „Blood & Honour“. Martina Renner dazu: „Organisiert durch das extrem rechte Netzwerk 'Hilfskomitee Südliches Afrika' reisten im Oktober 1999 – wenige Wochen nachdem Claus Nordbruch, über den die Flucht des untergetauchten Trios nach Südafrika organisiert werden sollte, in Thüringen zu Vortragsveranstaltungen war – 17 Personen nach Südafrika. Neben Tino Brandt nahmen an der Reise weitere bundesweit aktive rechte Kader und Führungspersonen teil, über welche sich erneut die neonazistischen Netzwerke offenbaren und bei denen teilweise von einem Kennverhältnis zu wichtigen Personen aus dem NSU-Untersützerumfeld ausgegangen werden

muss.“ Katharina König ergänzte: „Nach antifaschistischen Recherchen nahmen damalige Funktionäre des ‚Blood & Honour‘-Netzwerkes wie Andreas Biere aus Sachsen-Anhalt oder einflussreiche Kader wie Peter Dehous, Herausgeber neonazistischer Zeitschriften, aber auch weitere Neonazis teil, die in engem Kontakt zu Frank Schwerdt und Andre Kapke standen.“ Die Notwendigkeit der Fortführung der Aufklärung auch in Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Länderebene sei auch deswegen dringend geboten, betonten die beiden Abgeordneten. ■

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Irrlichter am Rande

Massen an Material von Parteien findet sich derzeit im Briefkasten oder wird einem überreicht. Doch bei der großen Menge fällt auf: Das Wahlmaterial und die dahinter stehenden Parteien lassen sich in zwei Kategorien teilen. Auf der einen Seite die Parteien der Angst: CDU, FDP, NPD und AfD. Mindestens Thüringen, wenn nicht die ganze Welt gehen unter, gibt man ihnen nicht die Stimme. Die Argumentationsfiguren, mit denen Angst gemacht werden soll, reichen dabei von albern (FDP) über heuchlerisch (CDU) bis zu eklig (NPD, AfD). Die CDU agiert noch mit lustigen Zwischentönen: Der ewig lächelnde Thüringer Schuldenkönig Bernhard Vogel wirbt in einer Wahlpostille für Christine Lieberknecht, die bundesweite Spitzenreiterin hinsichtlich staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen eine Landesregierung.

Linke, SPD und Grüne werben demgegenüber mit Optimismus.

Nur am Rande der SPD irrlichtert es. Zunächst warnte im Juli ein Brief weitgehend unbekannter Ex-Abgeordneter vor jedwedem Kontakt zur Linken. Politische Infektionsfahrl! Zu den Unterzeichnern zählte Gunter Weißgerber, ein erklärter Feind des Ziels eines demokratischen Sozialismus im SPD-Programm, der nach dem Ausscheiden aus dem Parlament wohl nur auf sich aufmerksam machte, als er äußerte: „Thilo Sarrazin analysiert und argumentiert in seinem Buch klar sozialdemokratisch.“ Er hatte schon als Abgeordneter mit dem SPD-Austritt kokettiert, beispielsweise aus Solidarität mit Wolfgang Clement. Den rügte die SPD am Ende nur – worauf er selbst austrat. Clement wiederum gehört zu den Unterzeichnern einer neuen Warnanzeige noch unbekannter Initiatoren, die „die Zukunft unseres (!) Freistaates“ in Gefahr sehen. Auch CDU-Funktionäre haben unterzeichnet. Das zeigt, welche Register wirklich gezogen werden. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.